

# INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

117/23

SÜDAFRIKA

## Frauen gegen häusliche Gewalt

INTERVIEW

## Landless People's Movement

KOLONIALKRITIK

## Papst Franziskus im Kongo

NAMIBIA

## Kolonialismus in der Oper



# SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

## SADOCC

- » **Dokumentation und Bibliothek in**  
1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1  
(Öffnungszeiten auf Anfrage)  
Tel. 01/505 44 84  
Fax 01/505 44 84-7  
[www.sadocc.at](http://www.sadocc.at)
- » **das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA**
- » **monatliche Veranstaltungen: »Forum Südliches Afrika«**
- » **Stadtspaziergänge »Afrikanisches Wien«**
- » **Nelson Mandela-Tag jeden 18. Juli**

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 30,- (für Institutionen EUR 50,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten.

Das Abonnement von INDABA kostet EUR 18,-.  
Abos, Mitgliedsbeiträge und Spenden bitte auf unser Konto bei der BA-CA, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW.

**18. Juli 2023**  
Internationaler  
Nelson Mandela-Tag

## Offenlegung

INDABA wird herausgegeben vom Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (SADOCC) in Wien (ZVR-Zahl 813176558) und bezweckt die Information und Diskussion über Entwicklungen im Südlichen Afrika.

Dem Vereinsvorstand gehören an:  
Mag. Bernhard Bouzek, HK Lydia Dyk, Dr. Astrid Esterlus,  
Nina Herzog-Hawelka MA, Helena Hornung MA,  
Rudolf Koger, Dr. Jakob Krameritsch, Mag. Peter Kuthan, Dr. Johann Murauer, Dr. Birgit Reiter,  
Univ. Prof. Dr. Walter Sauer, Daniel Stögerer.

## Elfriede Pekny-Gesellschaft

Die *Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies* in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADOCC.

Letzte Buchveröffentlichungen: *Afrikanische Häftlinge im KZ Mauthausen* (Walter Sauer, Nikos Stamatiou); *Begegnung Südliches Afrika – Arbeit und Leben global gedacht*. Reader zum gleichnamigen Projekt (Segal Hussein).

Wir ersuchen um Spenden – diese können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

**Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000,  
IBAN AT21 1200 0507 8602 2463,  
BIC BKAUATWW**

	<b>3</b>	<b>Frauen gegen Mißbrauch und Gewalt</b>
		Nicky Le Roux über Erfolge der südafrikanischen Frauenbewegung
<b>Österreichs Frauenprojekte in Südafrika</b>	<b>4</b>	
		
	<b>11</b>	<b>Interview mit Bernadus Swartbooi</b>
		Das Landless People's Movement – Faktor der Innenpolitik Namibias
<b>Lagebericht vom Kap</b>	<b>14</b>	
	<b>16</b>	<b>Kolonialkritik</b>
		Papst Franziskus in der DR Kongo
	<b>18</b>	<b>Namibias erste Oper</b>
		Sven-Eric Stender über Vergangenheitsbewältigung in anderer Form
<b>Postkolonialer Othello</b>	<b>21</b>	
<b>Nelson Mandela-Denkmal</b>	<b>23</b>	

IMPRESSUM: **Herausgeber und Medieninhaber (Verleger):** Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). E-Mail: office@sadocc.at. URL: www.sadocc.at. **Druck:** Medienfabrik Wien. **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Dechant Grafische Arbeiten. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Josef Ehmer, Papst Franziskus, Janina Hubmann, Nicky Le Roux, Boniface Mabanza, Marko Phiri, Walter Sauer, Sven-Eric Stender, David Stier, Birgit Weyss, Lydia Williams. **Fotos:** Lorraine Bezuidenhout, IndustriALL, Elisabeth Mandl, Marcus Neustetter, Michael Panitz, Alois Pommer, SADOCC, Walter Sauer, Schauspielhaus Düsseldorf, www. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 5. März 2023. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Johann Gattringer; Ingeborg Grau; Helmut Hartmeyer; Peter Jankowitsch; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Adalbert Krims; Kirsten Rütter; Godwin Schuster.



# Gemeinsam schreiben sie Geschichte

## Südafrikas Frauenbewegung im Kampf gegen Gewalt

*Bei Gewalt gegen Frauen gilt Südafrika als eines der hauptbetroffenen Länder der Welt. 2018 setzte die feministische Bewegung allerdings einen behördlichen Prozeß in Gang, der trotz Verzögerung und Hindernissen zu ersten Maßnahmen gegen Mißbrauch und Femizid geführt hat. Nicky Le Roux aus Johannesburg berichtet.*

Ihren Nachmittag verbrachte Mandisa Khanyile beim #TheTotalShutdown-Frauenmarsch in Pretoria. Sie verhandelte mit der Polizei, die ihre zuvor erteilten Genehmigungen nun plötzlich nicht mehr anerkennen wollte. Menschenrechtsorganisationen hielten sich zum Einschreiten bereit, falls Teilnehmerinnen des Marsches angegriffen oder gekidnappt werden sollten. Mandisas Handy läutete ständig, weil Organisatorinnen der Parallelmärsche in anderen Teilen Südafrikas, in Botswana, Kenya und sogar in Venezuela und Deutschland Fragen hatten oder Berichte schickten. Sie und die Tausenden von Frauen, die am 1. August 2018 in Südafrika und auf der ganzen Welt marschierten, schrieben an diesem Tag Geschichte. Sie führten den größten koordinierten Frauenprotest durch,

der jemals in Südafrika stattfand. Und er hatte Wirkung: Am nächsten Tag empfing Präsident Ramaphosa Vertreter/innen von #TheTotalShutdown, um einen Prozeß zur Entwicklung eines nationalen Strategieplans und eines speziellen Fonds zur Beendigung geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen, Mädchen und geschlechtstypische Menschen zu starten.

**S**üdafrika gilt als eines der gefährlichsten Länder der Welt, was Frauenmorde und Mißbrauch durch Intimpartner betrifft. Schätzungen zufolge wird in Südafrika alle vier Stunden eine Frau getötet, mindestens die Hälfte von ihnen durch einen Partner. Die Rate der getöteten Frauen ist fünfmal höher als im weltweiten Durchschnitt. Die Vergewaltigungsrate ist eine der höchsten der Welt, nur einer

von 25 Fällen wird der Polizei gemeldet. „Wir haben eine Geschichte von institutionalisierter und staatlich sanktionierter Gewalt, und unsere Systeme sind immer noch schief lastig zugunsten der Täter“, sagt Candice Ludick, eine der Organisatorinnen der Märsche.

Angesichts dessen entstand Anfang 2018 die Bewegung #TheTotalShutdown. Den ganzen Sommer über hatten südafrikanische Nachrichtensender über einen Anstieg von Frauenmorden berichtet. Ein Dutzend Feministinnen unterhielten sich in einer Facebook-Gruppe über die Heuchelei einer Regierung, die jeden August als „Frauenmonat“ feierte, es aber versäumte, Frauen das ganze Jahr über vor der ständigen Gewalt zu schützen. Die Diskussion drehte sich schnell um die Frage, wie sie –



die Frauen Südafrikas – die Aufmerksamkeit auf das Problem der geschlechtsspezifischen Gewalt lenken könnten – etwa durch einen Marsch.

Als sich die Nachricht davon verbreitete, stieg die Mitgliederzahl der Facebook-Gruppe auf über 100.000 an. Ein kleiner Ausschuß begann, für den ersten Tag des „Frauenmonats“ 2018 eine Demonstration in Pretoria zu koordinieren. Eine Liste von 24 Forderungen wurde erarbeitet, um Südafrika für Frauen, Mädchen und geschlechtsuntypische Menschen sicherer zu machen.

„Wir waren nicht der erste Versuch, Frauen zu versammeln und zu sagen: ‚Laßt uns etwas gegen dieses Problem unternehmen‘, aber wir wußten, daß das, was wir taten, historisch war“, sagt Sibongile Mthembu, Mitglied des Lenkungsausschusses von #TheTotalShutdown. „Wir sind Teil einer Geschichte südafrikanischer Frauen, die sich zu verschiedenen Zeiten in verschiedenen Kämpfen engagierten, etwa beim großen Frauenmarsch von 1956.“



Frauenmarsch in Pretoria gegen die Paßgesetze, 1956

Am Morgen des 2. August um 6 Uhr früh wurden die Organisatorinnen von klingelnden Telefonen geweckt: Präsident Ramaphosa wollte sich in drei Stunden mit ihnen treffen. Diese Begegnung führte zur Bildung einer Organisationsgruppe, die sich aus Vertretern des Präsidentenamtes,

## Österreichs Beitrag zur Bekämpfung

Gewalt gegen Mädchen und Frauen ist weltweit eine der häufigsten Menschenrechtsverletzungen. Gesellschaftliche Normen und Rollenbilder, die Mädchen und Frauen benachteiligen, strukturelle Machtunterschiede, Armut, Krankheit oder Behinderung, Ausgrenzung und finanzielle Abhängigkeit zählen zu den Faktoren, die geschlechtsspezifische Gewalt (*gender-based violence*, GBV) begünstigen. Auch Konflikte, Naturkatastrophen oder wirtschaftliche und soziale Krisen erhöhen das Gewaltrisiko für Mädchen und Frauen insbesondere im häuslichen Kontext. Aufgrund der zahlreichen Meldungen häuslicher Gewalt hat sich GBV als Parallel-Pandemie zu COVID-19 entwickelt.

Die Weltgesundheitsorganisation (*World Health Organization*, WHO) schätzt, daß in Afrika im Schnitt eine von drei Frauen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren zumindest einmal geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt war. Meistens sind die Täter Partner oder Ex-Partner. Zudem sind häufig Menschen von GBV betroffen, die als nicht konform mit der ihnen zugewiesenen Geschlechterrolle angesehen werden, wie zum Beispiel lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle oder intersexuelle Menschen.

Die Gleichstellung der Geschlechter und die Wahrung der Rechte von Frauen ist ein zentrales Ziel der *Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit* (OEZA). 85 Prozent aller Maßnahmen, die aus OEZA Mitteln finanziert werden, sollen laut Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2022–2024 direkt oder indirekt zu Geschlechtergleichstellung beitragen. In der Region der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (*Southern African Development Community*, SADC) gibt es ein starkes öffentliches als auch politisches Bewußtsein über die hohe Zahl von geschlechtsspezifischen Gewaltverbrechen und deren weitreichenden Folgen für Überlebende, deren Familien und Gemeinschaften. Übereinkommen wie das „SADC Protocol on Gender and Development“, die „SADC Strategy and Framework of Action for Addressing Gender Based Violence“ und die „SADC Regional Strategy on Women, Peace and Security“ zeugen von einem starken regionalen Engagement, GBV zu bekämpfen. Die ADA unterstützt durch gezielte regionale Förderungen internationale, staatliche und zivilgesellschaftliche Einrichtungen in den Bereichen Prävention und Strafverfolgung. Um einen besseren Opferschutz in polizeilichen und gerichtlichen Verfahren sicherzustellen, fördert die OEZA seit über 10 Jahren das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (*United Nations Office on Drugs and Crime*, UNODC). Konkret erhalten zum Beispiel Richter/innen,

## geschlechtsspezifischer Gewalt

Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Polizist/inn/en Schulungen zur Beweissicherung und Einvernahme und werden zu den vielschichtigen Ursachen und Auswirkungen von geschlechtsspezifischer Gewalt sensibilisiert. Namibia hat mit Unterstützung aus Österreich sogenannte One-Stop-Zentren ausgebaut, die einen besseren Zugang zu Beratung, Unterstützung und rechtlichem Beistand für Überlebende sicherstellen. Die wenigsten Fälle geschlechtsspezifischer Gewalt landen vor Gericht. Nur ein Bruchteil davon führt zur tatsächlichen Verurteilung der Täter. Die mangelnde Strafverfolgung läßt nicht nur die Überlebenden mit ihrem Anspruch auf Entschädigung und Gerechtigkeit im Stich, sondern trägt auch zu einer Kultur der Straflosigkeit bei. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützte deshalb das Parlamentsforum der SADC, das sich aus Parlamentarier/innen der SADC-Mitgliedsstaaten zusammensetzt, bei der Ausarbeitung eines Modellgesetzes zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt. Mit Erfolg: Im November 2021 nahmen alle Mitgliedsstaaten diesen Entwurf an. Zusätzlich zu einer verbesserten Strafverfolgung hält das Gesetz die SADC-Staaten an, Maßnahmen zur Prävention sowie zur Informationsarbeit und Unterstützung von Überlebenden umzusetzen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen und Frauenbewegungen sind häufig die erste Anlaufstelle für gewaltbetroffene Mädchen und Frauen. Sie leisten wichtige Aufklärungsarbeit und bewußtseinsbildende Maßnahmen. Seit 2021 unterstützt die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit das Netzwerk „Men Engage“ im südlichen Afrika, das eng mit lokalen Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeitet, patriarchale Machtstrukturen im öffentlichen Diskurs in Frage stellt und die wichtige Vorbildwirkung von Männern und insbesondere Vätern als sogenannte „Agents of Change“ hervorhebt. Die Ursachen für geschlechtsspezifische Gewalt sind vielfältig und komplex. Auch die durchdachtsten Gesetze und Maßnahmen ersetzen eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit zugeschriebenen Geschlechterrollen, frauenfeindlichen Strukturen und ungleichen Machtverhältnissen nicht.

Birgit Weyss

*Birgit Weyss ist seit 2019 Programm-Managerin bei der ADA, zuständig für bilaterale Projekte und Programme in Bhutan, Moçambique und der Region südliches Afrika. Sie ist Juristin und seit rund 16 Jahren in der Entwicklungszusammenarbeit tätig, u. a. für verschiedene UN Organisationen in Bhutan, Moçambique, Eswatini und Südafrika.*

zivilgesellschaftlichen Organisationen und den Organisatorinnen von #TheTotalShutdown zusammensetzte – zum ersten Mal arbeiteten Stakeholder zusammen, um geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen. Knapp drei Monate später, am 1. und 2. November, erfüllte Ramaphosa die erste Forderung der #TheTotalShutdown-Bewegung: Er war Gastgeber des ersten südafrikanischen Präsidentschaftsgipfels zur Beendigung von geschlechtsspezifischer Gewalt und Femizid, erkannte diese als nationale Krise an und verpflichtete sich zu einem nationalen Plan, um sie zu beenden.

Im April 2020 wurde dieser „Nationale Strategieplan gegen geschlechtsspezifische Gewalt und Femizid“ vorgestellt – die umfassendste und inklusivste Regierungsstrategie, die jemals auf diesem Gebiet in Südafrika erarbeitet wurde, eng angelehnt an die ursprünglichen Ideen von #TheTotalShutdown. Sie fordert unter anderem mehr Verantwortlichkeit und Führungsstärke, den Ausbau von Sicherheits- und Schutzdiensten sowie finanzielle Unterstützung, eine Sensibilisierungsschulung für die Polizei, wenn Fälle von Vergewaltigung oder Mißbrauch gemeldet werden. Der Plan schlug ferner neue wirtschaftliche Möglichkeiten für Frauen vor, damit sie nicht in einer mißbräuchlichen Beziehung in finanzieller Abhängigkeit bleiben. Außerdem wurden Bildungsprogramme für Kinder entworfen, die dazu beitragen sollen, schädliche, tief verwurzelte Genderstereotypen abzubauen. Ein spezieller Fonds zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt wurde gegründet, für den das südafrikanische Finanzministerium 1,6 Milliarden Rand (ca. 91 Millionen US-\$) beisteuerte.

„Das waren sehr vielversprechende Entwicklungen für Frauen und Mädchen in Südafrika“, sagt Ludick, die jetzt Kommunikationskordinatorin von *End GBVF Collective* ist, einem von der *Ford Foundation* finanzierten Zusammenschluß von Freiwilligen aus der Regierung, der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor. „Aber dann gibt es auch die Realität, wie die Gesetzgebung funktioniert und wie Gesetze in diesem Land verabschiedet werden.“

Ihre Skepsis erwies sich als wohlbegründet: Weniger als sechs Monate nach der Ankündigung, gerade als Ramaphosa den Plan und den Fonds als Gesetz unterzeichnen wollte, brach COVID-19 in Südafrika aus. Als das ganze Land in den Ausnahmezustand versetzt wurde, unternahm Ramapho-

sas Regierung einen ungewöhnlichen Schritt: Sie verbot landesweit den Verkauf von Alkohol und schloß Bars und Clubs in der Hoffnung, daß dies Gewalt verhindern würde. Dies war teilweise auch erfolgreich: Die Kriminalitätsrate ging landesweit zurück, und die Zahl der Traumafälle in südafrikanischen Krankenhäusern sank. Da die gewalttätigen Männer nun jedoch nicht mehr in der Lage waren, ihre Häuser zu verlassen, um zu trinken und sich zu treffen, richteten sie ihre Wut auf die Frauen und Kinder in ihren Haushalten – und geschlechtsspezifische Gewalt, Frauenmorde und Schwangerschaften im Teenageralter nahmen landesweit zu. Ramaphosa

mußte der geschlechtsspezifischen Gewalt erneut seine Aufmerksamkeit widmen. Er nannte sie die „zweite Pandemie“ des Landes. Im Februar 2021 rief er als nächsten Schritt einen Fonds für den privaten Sektor ins Leben, den *Gender-Based Violence and Femicide Response Fund* (GBVF). Innerhalb von 24 Stunden wurden weitere 125 Mio. Rand (ca. 7 Mio. US-\$) von engagierten Spenderinnen und Spendern aus dem Privatsektor aufgebracht. Die Errichtung eines Natio-

man zynisch ist, könnte man sagen: Offensichtlich konnten wir mit COVID umgehen, weil Männer starben und weil die Finanzierung von COVID die [wissenschaftlichen] Talente von Männern in den Vordergrund stellte“, sagt sie. „Es gibt eine Tendenz, das Leiden von Frauen unsichtbar zu machen, ihren Schmerz unsichtbar zu machen, alles unsichtbar zu machen, was mit der Korrektur einiger gesellschaftlicher Probleme zu tun hat, von denen Frauen unverhältnismäßig stark betroffen sind.“



Anzeigewand für vermißte Mädchen und Frauen

nal Councils, der diesen Fonds verwalten sollte, wurde hingegen zu einem bürokratischen Schlamassel: Heute, drei Jahre nach dem ersten Gipfel, sind die Mitglieder immer noch nicht alle ernannt, und auch mit der Finanzierung gibt es Probleme.

„In Südafrika dauert so etwas ewig... und so ist unser Kampf immer noch deutlich unterdotiert“, sagt Lindi Dlamini, Geschäftsführerin des GBVF. Sie weist auf die schnellen Entscheidungen Südafrikas hin, das Land während COVID-19 abzuriegeln und die Impfstoffforschung voranzutreiben – Maßnahmen, die das übliche verfahrenstechnische Hickhack umgingen, das der Regierung eigen ist. „Wenn

Nachdem sie monatelang auf die Regierung gewartet hatten, beschlossen Dlamini und ihre Mitstreiterinnen, proaktiv zu werden. Sie baten ihre Partner/innen in der Zivilgesellschaft und im Privatsektor um die von ihnen zugesagten Gelder. Mit diesen immerhin zwei Millionen Rand begann der GBVF Partnerschaften zur Beendigung geschlechtsspezifischer Gewalt mit Organisationen in

ganz Südafrika zu schließen. Eine der ersten wurde mit der Polizei und führenden Forensikexperten abgeschlossen, um den Rückstau an DNA-Beweisen zu beseitigen, die bei Vergewaltigungsfällen gesammelt, aber nie verarbeitet wurden und dadurch Ermittlungen und Prozesse um Jahre verzögern.

Der Fonds zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt und Femizid konnte auch fünf sogenannte *Thuthuzela-Pflegezentren* finanzieren. Diese dienen als Mehrzweckressourcen für Menschen, die vergewaltigt oder mißbraucht wurden. Unter einem Dach können sie ihren Fall der Polizei melden, Verletzungen klinisch behan-

deln lassen, Beratungsdienste in Anspruch nehmen und Rechtsberater/innen zur Seite gestellt bekommen. Die Thuthuzela-Zentren wurden als spürbare Verbesserung im Leben der Überlebenden gelobt. „Wir haben gesehen, daß dieses Verfahren zu einer höheren Verfolgungsrate und einer angemesseneren Verurteilung führt“, so Dlamini.

Gleichzeitig wird die Regierung wegen der Verzögerungen auf ihrer Seite kritisiert. Frauen wie Candice Ludick und viele andere sind frustriert über die vielen bürokratischen Hürden, die die Errichtung des Fonds verzögern.

**a**uch wenn in Südafrika alle vier Stunden eine Frau getötet wird, sind die Befürworter/innen der Beendigung geschlechtsspezifischer Gewalt entschlossen, ihren Kampf fortzusetzen. Trotz entmutigender Statistiken – etwa daß die Zahl der Frauenmorde in Südafrika während der Pandemie um 50 Prozent gestiegen ist – präsentierten die Teilnehmerinnen am zweiten Präsidenten-Summit zur Beendigung geschlechtsspezifischer Gewalt im November 2022 eine neue Liste mit Lösungsvorschlägen, die mit den überfälligen Mitteln aus der Staatskasse finanziert werden sollen. Darunter finden sich der Ausbau von Unterkünften für Mitglieder der LGBTQ+-Gemeinschaft oder die Finanzierung von Organisationen, die Frauen, Mädchen und nicht-binäre Gewaltopfer beraten. Außerdem wollen sie einen neuen Lehrplan für Grundschulen erstellen, der die weit verbreiteten Stereotypen über die Überlegenheit von Männern gegenüber Frauen ausräumt und die körperliche Autonomie der Schüler/innen fördert. „Wir müssen von klein auf ak-



Frauenmarsch am 1. August 2018

tiv werden, eine neue Sozialisation schaffen und Dinge verlernen, die wir als normal akzeptiert haben. Männer müssen die Verantwortung für den Diskurs übernehmen“, sagt Dlamini. „Sie müssen Teil des Gesprächs sein, um Teil der Lösung zu werden.“ Bis zum Frühjahr 2023 soll nun endlich der Council eingerichtet sein und sollen die staatlichen Mittel kurz darauf freigegeben werden.

Für Nomgqibelo Mdlalose, technische Beraterin im Ministerium für Frauen, Jugend und Menschen mit Behinderungen, war der zweite Gipfel mit Ramaphosa ein Erfolg. „Wir sind noch nicht da, wo wir sein sollten, aber der Summit hat die Dringlichkeit erhöht. Jetzt gibt es ein neues Engagement, um bessere Wege der Zusammenarbeit zwischen Regierung, Privatsektor und Zivilgesellschaft zu finden. Ich denke, es gibt wieder ein positives Verständnis dafür, daß es einen Ausweg gibt. Schauen Sie sich die sozialen Medien an, sprechen Sie mit den Menschen: Alle sind sich einig: Wir werden diesen Feind besiegen.“

Mit fortgesetzten Bemühungen zur Beendigung der geschlechtsspezifischen Gewalt im ganzen Land ist eine bessere und sicherere Zukunft für künftige Generationen möglich. »Die Hoffnung stirbt nie aus«, sagt GBVF-Geschäftsführerin Dlamini. „Südafrika wäre nicht da, wo es heute ist, wenn wir zum Beispiel während der Apartheid-Ära einfach nachgegeben und gesagt hätten: ‚Nun, es ist, wie es ist. Es ist zu schwierig, es zu ändern‘. Wir haben gelernt, wie wir den Druck aufrechterhalten können.“

■  
■  
Nicky Le Roux ist Program Officer im Johannesburger Büro der US-amerikanischen Ford Foundation mit Schwerpunkt Gender und Rassismus. In einer früheren Funktion war sie u. a. an der Evaluation der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Südafrika beteiligt. Ihr im Dezember 2022 veröffentlichter Beitrag wurde redaktionell übersetzt und gekürzt, die originale Version ist abrufbar unter [www.fordfoundation.org/news-and-stories/stories/posts/ending-gender-based-violence-in-south-africa-one-march-at-a-time/](http://www.fordfoundation.org/news-and-stories/stories/posts/ending-gender-based-violence-in-south-africa-one-march-at-a-time/).

## ... spektrum ...

**Zimbabwe: Veränderung in Sicht?** In Zimbabwe stehen zwischen Juli und August (ein genaues Datum wurde noch nicht festgelegt) Parlaments- und Präsidentschaftswahlen an. Für die Regierungspartei ZANU-PF kandidiert der amtierende Präsident Emmerson Mnangagwa. Für die Opposition geht der bisherige Spitzenpolitiker der im Parlament vertretenen MDC (*Movement for Democratic Change*) Nelson Chamisa ins Rennen, diesmal allerdings mit seiner neugegründeten Partei CCC (*Citizens Coalition for Change*).

Gestärkt durch Erfolge bei den Nachwahlen letztes Jahr hofft die Opposition diesen Sommer auf einen Sieg. Internationale Stimmen schätzen die tatsächlichen Chancen der CCC als eher gering ein. Das *Robert Lansing-Institut* beschreibt in einem heuer veröffentlichten Artikel drei mögliche Ausgänge der Wahlen in Zimbabwe, nach Wahrscheinlichkeit gereiht:

1. Der amtierende Präsident Mnangagwa gewinnt die Wahlen und zwar so, daß er von der lokalen und internationalen Gemeinschaft anerkannt wird. Dafür versuche er die Opposition vor den Wahlen zu schwächen, staatliche Institutionen zu mißbrauchen, ländliche Wähler/innen zu „kaufen“ oder Gewalt gegen Akteur/innen und Anhänger/innen der Opposition anzuwenden.

2. Offensichtliche Wahlmanipulation. Dabei würde die Zanu-PF offensichtlich gefälschte Ergebnisse aus Imagegründen zwar gerne vermeiden, einem Machtverlust aber dennoch vorziehen.

3. Daß Nelson Chamisa und seine CCC-Partei als Sieger aus den Wah-

len herausgehen, wird dagegen als unwahrscheinlichstes Szenario angesehen.

Stimmen aus anderen Quellen wiederum vermuten, daß die Abneigung vieler Zimbabweerinnen und Zimbabweer gegen Zanu-PF immer größer wird, und diese gezwungen sein wird, eine Niederlage zu akzeptieren. Schließlich hatte die CCC bei den Nachwahlen auch einen Großteil an Parlamentssitzen und auf kommunaler Ebene gewonnen, trotz negativer Berichterstattung in den staatlichen Medien und der Einschüchterungstaktiken der Zanu-PF. *Daniel Stögerer*

### Wichtigste Menschenrechtsorganisation in Namibia bedroht.

Wie Direktorin Toni Hancox Anfang März bekanntgab, kann das renommierte *Legal Assistance Centre* (LAC) in Windhoek bis auf Weiteres keine neuen Menschenrechtsfälle mehr übernehmen. Die Rechtsberatung, die kostenlos in Anspruch genommen werden kann, soll jedoch bestehen bleiben, so Hancox.

Das LAC wurde 1988 von Rechtsanwälten um David Smuts ins Leben gerufen und spielte eine wichtige Rolle bei der Verteidigung von Aktivist/inn/en gegen die völkerrechtswidrige Besetzung des Territoriums durch Südafrika. Seit der Unabhängigkeit Namibias 1990 konzentrierte es sich auf die Popularisierung der neuen Verfassung und wichtiger Gesetze und unterstützte juristisch marginalisierte Bevölkerungsgruppen wie die San oder Himba bzw. gewährte Rechts-hilfe in menschenrechtlich relevanten



Toni Hancox (li.) mit Teilnehmer/innen der ÖNG-Studienreise nach Namibia 2013

Gerichtsverfahren.

„Wir sind in viele Prozesse involviert und können einfach keine neuen mehr übernehmen“, erklärte Direktorin Hancox vor der Presse. „Wir sind abhängig von Gebern, unterfinanziert und haben daher zu wenig qualifizierte Mitarbeiter/innen.“

Das Legal Assistance Centre war ursprünglich von der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit unterstützt worden, doch wurde diese Finanzierung – wie alle Projekte in Namibia – um die Jahrtausendwende eingestellt. Spätere Bemühungen von SADOCC, wenigstens punktuell Geldmittel für das LAC in Österreich aufzutreiben, etwa für eine Aufklärungskampagne gegen die körperliche Züchtigung von Kindern in den Schulen, blieben ergebnislos.

John Walters, früherer namibischer Ombudsman, sprach von einem „traurigen Tag“ in der Justizgeschichte des unabhängigen Namibia. „Das LAC stellte einen wichtigen Link in die Justizverwaltung dar und konnte dadurch Menschen helfen, die sich keine privaten Anwälte zur Durchsetzung ihrer Rechte leisten können“. Rechtsanwalt Richard Metcalfe appellierte an die Regierung in Windhoek,

das LAC endlich zu subventionieren, um den Verlust einer durch 34 Jahre gewachsenen Exzellenz auf dem Gebiet der Menschenrechte zu verhindern.

**Todesstrafe in Zambia abgeschafft.** In Erfüllung eines Wahlkampfversprechens unterzeichnete Präsident Hakainde Hichilema am 23. Dezember 2022 ein Gesetz zur Abschaffung der Todesstrafe. Mit der Aufhebung eines aus der Kolonialzeit stammenden Strafgesetzes ist Zambia das 25. afrikanische Land südlich der Sahara, das die Todesstrafe abschafft. Auch der Straftatbestand der Verleumdung des Präsidenten wurde aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. Bei der Ankündigung der Aufhebungen twitterte Hichilema: „*Versprochen, Gesetze zu ändern, die Demokratie, Menschenrechte, gute Regierungsführung und Grundfreiheiten einschränken. #PromisesDelivered*“

Hichilema hatte den Gesetzentwurf dem Parlament am 25. Mai 2022, dem Africa Day, vorgelegt. Außerdem wandelte er an diesem Tag die Urteile von 30 zum Tode Verurteilten in Freiheitsstrafen um.

Menschenrechtsaktivist Brebner Changala in Lusaka nannte die Maßnahme einen „*Meilenstein bei der Abschaffung kolonialer Gesetze, die nicht in die demokratische Ordnung des Landes passen*“. Auch Amnesty International lobte die Maßnahme als „*einen guten und progressiven Schritt, der das Engagement des Landes für den Schutz des Rechts auf Leben zeigt*“. Zambia ist in diesem Jahrzehnt bereits das fünfte afrikanische Land südlich der Sahara, das die Todesstrafe abschafft. Der Tschad strich sie für alle Verbrechen im Mai 2020. In Sierra Leone beschloß das

Parlament im Juli 2021 einstimmig ihre Abschaffung, ebenso im Mai 2022 die Zentralafrikanische Republik. Im September 2022 nahm Äquatorialguinea ein neues Strafgesetzbuch an, in dem die Todesstrafe nicht mehr enthalten war.

**Politischer Mord in Eswatini.** Nach der Ermordung des Menschenrechtsaktivisten Thulani Rudolf Maseko in seinem Haus in Mbabane Ende Jänner forderten Menschenrechtsaktivisten die *Staats- und Regierungschefs der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika* (SADC) auf, König Mswati an den Verhandlungstisch zu bringen, um die festgefahrene politische Situation in dem Königreich zu beenden.

Maseko war Vorsitzender des Multi-Stakeholder-Forums, eines Zusammenschlusses nichtstaatlicher Akteure mit dem Ziel, einen nationalen politischen Dialog über die seit Jahren anhaltende politische Krise zu fördern. Auch die Vereinten Nationen und die Afrikanische Union verurteilten seine Ermordung und sprachen von einer „*politischen Tragödie*“ und einem schweren Schlag für die Menschenrechtsbewegung in Eswatini. Dem schloß sich Anfang Februar das *Southern African People's Solidarity Network* (SAPSN) mit seinem Appell an die Staats- und Regierungschefs der SADC an. Der namibische Präsident Hage Geingob hatte als amtierender Vorsitzender des SADC-Gremiums für Sicherheit die Spitzen dieses Gremiums eingeladen, um über die politische und Sicherheitssituation der Region zu diskutieren, u. a. über die Krisen im Kongo und im nördlichen Moçambique. Die Teilnehmer verurteilten den Mord an Maseko und appellierten an die Regierung von Eswatini,



König Mswati III. – Popularität hat abgenommen

unverzüglich einen nationalen Dialog einzuberufen, um auf friedlichem Weg eine Verbesserung der Situation in der letzten absoluten Monarchie Afrikas zu erreichen.

**Neun neue afrikanische Sprachen für Google Translate.** Google kündigte vor kurzem eine Erweiterung seines Übersetzungsprogramms an. 33 neue Sprachen, darunter neun afrikanische, sollen zur Google Translate-App auf iOS und Android hinzugefügt werden. Damit erhöht sich die Gesamtzahl der von Google unterstützten afrikanischen Sprachen auf 12.

Arabisch, Swahili und Afrikaans werden bereits seit 2018 vom Google Translate Offline-Übersetzungstool unterstützt. Die nigerianischen Sprachen Hausa, Igbo und Yoruba sowie die Sprachen des südlichen Afrikas, Sesotho, Xhosa, Zulu und Shona, gehören zu den neu hinzugekommenen Sprachen. Zusätzlich sollen Kinyarwanda, das in Rwanda und anderen Teilen Ostafrikas gesprochen wird, und Chichewa, das in Malawi und Zambia verbreitet ist, ein breiteres Publikum auf dem Kontinent ansprechen.

Nach Angaben von Google ermöglicht es die Offline-Funktion ihren Nutzerinnen und Nutzern, die gewünschten Sprachen herunterzuladen und den Text zu übersetzen, wenn keine Internetverbindung verfügbar ist.

# Energiekrise in Afrika

*Stundenlange Stromabschaltungen täglich schädigen nicht nur die Wirtschaft Südafrikas, sondern erschweren auch das Leben der Bevölkerung. Südafrika ist jedoch nur ein – besonders krasses – Beispiel für die Energiekrise in Afrika – eine Katastrophe vom Kap bis Kairo. Von Marko Phiri (Mail & Guardian).*

Nach Angaben der *Afrikanischen Entwicklungsbank* haben mehr als 640 Millionen der 1,4 Milliarden Menschen auf dem Kontinent keinen Strom, obwohl seit langem Programme laufen, um ländliche Gebiete zu elektrifizieren. Nur weniger als 40 % der afrikanischen Länder werden bis 2050 einen universellen Zugang zur Elektrizität erreichen, sagen Expert/inn/en. Ursachen dafür sind die mangelhafte langfristige Planung und fehlende Investitionen in einen Sektor, in dem auch Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit noch die von den Kolonialmächten errichtete Infrastruktur genutzt wird.

In Ägypten, einem wirtschaftlichen Kraftzentrum des Kontinents, machen die Behörden veraltete Infrastrukturen in den Sektor für Stromausfälle verantwortlich. Die globale finanzielle Unsicherheit bremst ausländische Direktinvestitionen in erneuerbare Energien.

In Nigeria brach das Stromnetz zwischen 2010 und 2019 mehr als zweihundert Mal zusammen, was u. a. auf „*unzureichend geschultes Personal, Mängel in der lokalen Produktion, schlechte Leistung der Versorgungsunternehmen, Diebstahl von*

*Netzausrüstung, Wetter, Gasversorgung, unzureichende Finanzierung und das Alter der Netzinfrastruktur*“ zurückgeführt wird. Nach Schätzungen der Weltbank kosteten die Stromausfälle Nigeria im Jahr 2020 rund 28 Milliarden Dollar, was 2 % des BIP des Landes entsprach.

Die reicheren afrikanischen Län-



*Nächtliche Beleuchtung – ungleich verteilt*

der, die die Hauptlast der ständigen Stromausfälle tragen, nennen Korruption als einen der Gründe für die Stromkrise, während ein armes Land wie Malawi den niedrigen Wasserstand seines einzigen Wasserkraftwerks für das Energiedefizit verant-

wortlich macht. Die Nichtregierungsorganisation *Renew'n'Able Malawi* schätzt, daß nur etwa 12 % der Bevölkerung Zugang zum nationalen Stromnetz haben, während die Elektrifizierung in ländlichen Gebieten bei 2 % liegt. Malawi hätte ein Potential zur Erzeugung von 350 MW Strom, aber die Erzeugung kann aufgrund niedrigen Wasserstands auf 200 MW sinken.

Programme der Afrikanischen Entwicklungsbank, die einen allgemeinen Zugang zu Elektrizität ermöglichen sollen, würden Investitionen zwischen 60 und 90 Milliarden Dollar pro Jahr erfordern. Die afrikanischen Regierungen reisten zur COP27 in der Hoffnung, Zusagen zur Finanzierung des Energiesektors des Kontinents zu erreichen. Die Verlust- und Schadenskláuseln der reichen Länder ließen sie jedoch wieder nach Hause zurückkehren und darüber nachdenken, wie sie mit der Stromknappheit umgehen sollen. Denn obwohl erneuerbare Energien als Afrikas beste Chance angepriesen werden, stoße die Energiewende auf dem Kontinent auf viele Hürden, darunter die Kapitalintensität von Projekten wie Solaranlagen und Erdgas, so die *Internationale Energieagentur*.

# Konfrontation mit der SWAPO

## Basis Südnamibia: Landless People's Movement

Mit Bernadus Swartbooi, dem Gründer und „Chief Change Campaigner“ des Landless People's Movement, der zweitgrößten Oppositionspartei im Parlament, sprachen Walter Sauer und Lydia Williams über politische Profilierung, Bildungspolitik, Landreform und das deutsch-namibische Verhältnis.

Herr Swartbooi, in Namibia wird gesagt, die Stärke der Regierungspartei SWAPO liege in der Schwäche der Opposition. Hat die Gründung des LPM daran etwas geändert?

Diese Frage sollte ich Ihnen stellen, Sie analysieren doch afrikanische Politik. Sehen Sie sich Südafrika, Angola, Zimbabwe usw. an – warum hat die Demokratische Allianz nicht mehr als eine Provinz in Südafrika gewonnen, warum ist Renamo nicht in der Lage, die Macht in Moçambique zu übernehmen usw. Es geht also um ein allgemeineres Phänomen im Südlichen Afrika, das eine politische, sozioökonomische und kulturelle Analyse erfordert. Sie könnten Ihre Frage aber auch anders stellen: Warum haben wir als Landless People's Movement gleich bei den ersten Wahlen, bei denen wir angetreten sind, zwei Regionen gewonnen? Wie kommt es, daß wir in den zwei, drei Jahren unseres Bestehens eine Reihe von Distrikten erobern konnten? War es vielleicht ein glücklicher Zeitpunkt? Liegt es an unserem Programm? Wir haben uns die anderen politischen Parteien angeschaut und festgestellt, daß sie keine wirklichen Programme haben, heute sagen sie das, morgen etwas anderes. Wir waren in der Lage, eine Botschaft zu vermitteln und konsequent zu blei-



„Chief Change Campaigner“ Swartbooi beim Interview

ben. Unsere Konfrontation mit SWAPO passiert nicht im Verborgenen, sie entfaltet sich direkt und kraftvoll im Parlament. Wir sind lösungsorientiert und nicht nur auf Kritik fokussiert. Wir lassen uns von einer ideologischen Analyse leiten und schämen uns nicht dafür, daß wir eine linke politische Partei sind.

*Im Augenblick gibt es in Namibia eine heftige Diskussion über das Schulwesen, die Ergebnisse des letzten Jahres waren ja katastrophal. Wo steht LPM in dieser Krise?*

Alle sind jetzt besorgt über die Bildungskrise und reden vom Scheitern der SWAPO. Aber es muß auch ge-

sagt werden, daß SWAPO seit der Unabhängigkeit konsequent auf Bildung gesetzt hat. Etwa 40 % des Haushalts fließen in den sozialen Sektor, insbesondere in Bildung, das ist eine Menge Geld. SWAPO hat sich um die Unterernährung der Schüler/innen gekümmert, es gibt ein Schulauspeisungsprogramm, das wirklich funktioniert, und sie hat den Zugang zur Bildung sowohl im Primar- als auch im Sekundar- und Hochschulbereich verbessert. Die Alphabetisierungsrate in diesem Land ist gestiegen, die Englischkenntnisse haben sich verbessert, und es wurde eine umfangreiche Ausbildung von Lehrkräften durchgeführt. Man kann also nicht sagen, daß sie völlig versagt haben. Dennoch läßt sich nicht bestreiten, daß unser Bildungssystem für unsere sich wandelnde Gesellschaft irrelevant geworden und praktisch zusammengebrochen ist. Das deutlichste Zeichen dafür ist, daß mehr als 80 % der Schüler/innen mit ihren Noten nicht den Anforderungen für den Hochschulzugang entsprechen.

Das zuständige Ministerium tut sich schwer, im Voraus zu planen. Die Lehrkräfte sind überfordert mit widersprüchlichen Rundschreiben aus der Zentrale, die sie nur schwer verstehen können. Und vor allem: Unser System wird dadurch definiert, wie viel man

auswendig lernen kann, um eine Prüfung zu bestehen. Das ist veraltet und paßt nicht zu den Zielen des Landes. Es ist daher nicht in der Lage, auf die aktuellen Bedürfnisse der Gesellschaft einzugehen. Die Bildung muß so reformiert werden, daß sie mit den Zielen der vierten industriellen Revolution unseres Landes übereinstimmt. Robotik und künstliche Intelligenz z. B. müssen in den Lehrplan aufgenommen werden.

*Und Berufsbildung? Praktische Gegenstände werden nicht mehr gelehrt, mit schweren Folgen für die Wirtschaft.*

Ja, dem stimme ich voll und ganz zu. Berufsbildung erst nach der 10. Klasse anzubieten, schafft eine Art Stigma, weil es den unglücklichen Eindruck erweckt, daß praktische Fächer nur für diejenigen vorgesehen sind, die den Abschluß nicht bestanden haben. Und übrigens: Wenn die Ergebnisse des Bildungssektors so aussehen, wie sie aussehen, wie soll man dann als Präsident oder Handelsminister in die USA oder nach Österreich gehen und um Investitionen bitten – „Wir haben ein gutes Businessklima, bitte kommen Sie usw.“ Aber oops: „Ihre Schulergebnisse zeigen, daß Sie nicht genug smarte Leute haben, was haben Sie denn mit Ihrer wichtigsten Ressource, Ihren Menschen, gemacht?“ Das ist etwas, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen.

Meiner Meinung nach hat diese Regierung noch nie gewußt, was sie mit Wirtschaft anfangen soll. Der Produktionssektor erhält etwa 25 % des Budgets, aber um Arbeitsplätze zu schaffen, wären mindestens 35 % erforderlich. Wir stecken also in einer Wirtschaft fest, die nicht wächst, und ein erfolgreiches Kind wird keinen Job bekommen, selbst wenn es seine Ausbildung erfolgreich absolviert hat.

*Ein wichtiger Teil Ihres Programms ist die Umverteilung von Grund und Boden. In Europa ist man diesbezüglich skeptisch, aufgrund der Erfahrungen in Zimbabwe. Wie würde eine Landreform in Namibia aussehen?*

Moment: Das größte Landproblem in Namibia ist urbanes Land! Vielleicht sind Sie hier in Windhoek herumgefahren und haben die Wellblechsiedlungen gesehen, die entstanden sind. Nur die traditionellen Städte sind ordentlich erschlossen, die Menschen in diesen neuen Siedlungen haben kaum Zugang zu Wasser und Strom. In den Debatten über die Bodenreform ist meist von landwirtschaftlichen Flächen die Rede – nein, nein, das erste Problem liegt in den städtischen Gebieten.

Als LPM in den Stadtrat von Windhoek kam, haben wir es gestoppt, daß die Polizei diese Hütten abreißt. Aber die Menschen brauchen Eigentumsrechte, um ein kleines Haus zu errichten, das beim Grundbuch registriert ist, dann könnten sie einen Kredit aufnehmen und haben das Gefühl, meine Kinder können in Sicherheit schlafen, es ist vielleicht kein großes Haus, aber dieses Grundstück gehört mir.

Viele dieser Menschen sind junge Leute aus ländlichen Gebieten, wo sie keinen produktiven Lebensunterhalt bestreiten können. In den Reservaten leben alte Menschen mit Enkelkindern, sie beziehen Alterspension oder Sozialhilfe und haben ein paar Rinder. Ihre Kinder sind in der Stadt, um etwas zu verdienen, leben wahrscheinlich in einer Wellblechhütte, und wenn sie ein Kind bekommen, schicken sie es zu den Großeltern auf dem Land zurück, angesichts der unsicheren Lage in den Städten. Wenn wir jedoch in die ländliche Wirtschaft investieren – und dabei spreche ich nicht einmal von der kommerziellen Landwirtschaft

–, würden die Faktoren, die die Menschen zum Bleiben bewegen, gestärkt, z. B. durch bessere Wasserversorgung und Straßenanbindung. Infolgedessen würden die Push-Faktoren abnehmen, sodaß das Leben in der Stadt nicht mehr die einzige Alternative wäre.

*Aber LPM spricht ja auch von der Restituierung kommerziellen Landes, das vor dem Kolonialismus der ursprünglichen Bevölkerung gehörte. Wie würde das funktionieren?*

Wer sagt Ihnen, daß alle Schwarzen Bauern werden wollen? Das hat Mugabe nicht verstanden. Zimbabwe würde sagen, die Landreform sei nicht gescheitert, sondern die Wirtschaft sei zusammengebrochen. Aber ist die Wirtschaft nicht zusammengebrochen, weil die Landreform ausschließlich unter politischen Gesichtspunkten durchgeführt wurde? Sie haben die Wirtschaft nicht berücksichtigt. Hier in Namibia besteht Landwirtschaft im wesentlichen aus Ackerbau und Viehzucht, Rindfleisch wird exportiert usw., aber wir haben den Agrarsektor nicht diversifiziert. Zur Unabhängigkeit gab es etwa 6.000 kommerzielle Farmer/innen. Viele von ihnen sind gestorben oder haben ihre Höfe verkauft, heute gibt es wahrscheinlich nur noch 3.000. Eine Reihe von Farmen wurde von der Regierung aufgekauft, sie hat Leute auf Farmen untergebracht, aber sie unterstützt sie nicht. Kommerzielle Landwirtschaft hat ihre eigenen Herausforderungen. Sie muß von der Regierung unterstützt werden – so wie die weißen Farmen vor der Unabhängigkeit unterstützt wurden – , und dann wird man sehen, wer das Land wirklich produktiv nutzen will. Derzeit gibt es 800 Farmen auf dem Markt, die niemand kaufen will. In Südafrika haben sie den Menschen im

Rahmen der Landreform die Möglichkeit geboten, Geld zu erhalten. Das würde auch in Namibia funktionieren, und es würde zudem die Gefahr eines Zusammenbruchs der Landwirtschaft vermeiden.

Restitution könnte direkte Geldzahlungen bedeuten oder Stipendien, eine gute Ausbildung und Zugang zu Chancen, die den Begünstigten eine bessere Grundlage für ihr späteres Leben verschaffen. Nicht jeder oder jede will Viehzüchter werden, man kann Anteile an Unternehmen kaufen, sein eigenes Kleinunternehmen gründen usw. All das wäre von Fall zu Fall zu entscheiden.

*Wie ist Ihre Haltung zum Basic Income Grant?*

Wir unterstützen das BIG aufgrund unserer ideologischen Ausrichtung, aber es muß sinnvoll sein. Es muß nachhaltig sein, die Wirtschaft muß es sich leisten können. Unsere Priorität muß sein, daß die Wirtschaft wächst und daß die Menschen Arbeit bekommen. Die ökonomische Basis muß also so breit wie möglich sein. Es stimmt, daß die BIG die lokale Wirtschaft ankurbeln kann, aber in erster Linie geht es um den Konsum. Ein Großteil des Geldes wird in Lebensmittel investiert, und wer profitiert letztendlich davon – der Einzelhandel. Es besteht auch die Gefahr, daß die Menschen arbeitslos bleiben, weil sie von dem Zuschuß leben, nicht mehr nach Arbeit suchen und ihre Erwartungen an ein menschenwürdiges Leben herunterschrauben.

Gleichzeitig werden ganze Wirtschaftszweige wie z. B. die Fischerei von der Regierung schlecht verwaltet, Budgetmittel werden nicht dezentralisiert, damit Programme von den lokalen Behörden vor Ort durchgeführt werden können. Die Gelder bleiben

in der Zentrale. Und warum? Um Entscheidungen zu dominieren. Das ganze Modell ist zu zentralisiert, Geld wird ineffizient ausgegeben und nicht für Entwicklung verwendet.

*Gemeinsam mit elf traditionellen Autoritäten der Ovaherero und Nama reichen Sie gerade beim High Court eine Klage gegen die sog. Gemeinsame Erklärung Namibias und der Bundesrepublik Deutschland zum Genozid von 1904 ein. Warum, und was wollen Sie damit erreichen?*

Unser Antrag konzentriert sich auf zwei Hauptforderungen. Erstens hat das Parlamentspräsidium die Nationalversammlung daran gehindert, die Gemeinsame Erklärung zu debattieren, weil es sie lediglich „zur Kenntnis“ genommen und nicht dem Haus zur Ratifizierung vorgelegt hat. Damit hat es seine Befugnisse überschritten, und wir fordern das Gericht auf, dieses Verhalten für rechtswidrig zu erklären.

Zweitens ist die Gemeinsame Erklärung unvereinbar mit den Bestimmungen der namibischen Verfassung sowie mit dem Beschluß des Parlaments von 2006 über den Völkermord. Deshalb fordern wir das Gericht auf, sie für null und nichtig zu erklären. Schauen Sie, die Gemeinsame Erklärung ist nicht einfach ein belangloses Dokument. Sie zieht innerstaatliche Maßnahmen nach sich und hat eine negative Auswirkung auf die Rechte der Bürger und Bürgerinnen, insbesondere ihr Absatz 20, der alle finanziellen Ansprüche aufgrund der Vergangenheit für abgegolten erklärt. Das ist eine Mißachtung der Verfassung!

Die Regierung hat nicht die Befugnis, einseitig Gesetze zu erlassen oder internationale Abkommen zu unterzeichnen, die sich unmittelbar auf die Situation der Menschen auswirken

– das ist eine Gesetzgebungskompetenz, die dem Parlament vorbehalten ist. Diese Entscheidung, die dem Land von der Regierung ohne parlamentarische Debatte aufgezwungen worden ist, untergräbt die Fähigkeit des Parlaments, seiner Verpflichtung zum Schutz der historisch benachteiligten Namibier/innen nachzukommen.

Es kann diese Verpflichtung nicht erfüllen, wenn es keine sinnvolle Möglichkeit der Beteiligung oder Debatte erhält.



## LPM und Swartbooi

*Das Landless People's Movement (LPM) ist die drittgrößte politische Partei Namibias. Sie wurde als Initiative bereits 2016 gegründet, nachdem ihr heutiger Vorsitzender Bernadus Swartbooi, damals Vizeminister für Landreform, von Staatspräsident Hage Geingob aufgrund regierungskritischer Äußerungen entlassen wurde. 2019 wurde das LPM als Partei registriert. Bei den Parlamentswahlen im selben Jahr erzielte es knapp 5 Prozent und vier Mandate im Parlament (von 96). Bei den Regional- und Kommunalwahlen schnitt das LPM besser ab; heute steht praktisch der gesamte, freilich bevölkerungsarme Teil Südnamibias unter Verwaltung des LPM. Bernadus Clinton Swartbooi (geb. 1977 in Tses) war SWAPO-Mitglied, Gouverneur der Region //Kharas und Vizeminister für Landreform. 2016 wurde er aus der Regierung entlassen und aus der SWAPO ausgeschlossen, blieb aber Abgeordneter im Parlament. Er ist Gründer und Vorsitzender des Landless People's Movement.*



fast allen Landesteilen zu hören, weil es überall Marginalisierte gibt.

All diese Probleme gewinnen noch mehr an Brisanz, wenn man bestimmte gesellschaftliche Gruppen betrachtet. Dazu gehören u. a. die Minen- und Farmarbeiter/innen, die auch im Zentrum der Arbeit der KASA stehen. Sowohl Organisationen wie *Bench Marks Foundation* und *Mining Affected Communities United in Action* (MACUA), die mit von der Minenarbeit betroffenen Communities arbeiten, als auch diejenigen Organisationen, die Farmarbeiter/innen unterstützen und begleiten, berichteten darüber, daß die Situation bei diesen Gruppen und im ländlichen Raum im Allgemeinen noch besorgniserregender geworden sei.

Weder bei den Farm- noch bei den Minenarbeiter/innen und deren Communities hat sich seit den Streiks des Jahres 2012 etwas zum Positiven verändert. Die Streiks, die vielen Toten in Marikana – all dies scheint umsonst gewesen zu sein. Das Gefühl, von Politiker/innen im Stich gelassen worden zu sein, ist in Südafrika weit verbreitet. Viele Menschen glauben nicht mehr an die Politik als Mittel der Veränderungen ihrer Lebensbedingungen.

Dies ist eine schlechte Nachricht – nicht nur für den ANC und seine Regierungspartner, denen vorausgesagt wird, zum ersten Mal seit der demokratischen Wende im Jahr 1994 ihre absolute Mehrheit und ihren alleinigen Regierungsanspruch zu verlieren, sondern auch für die oppositionellen Parteien, denen es gelingen

muß, im 30. Jahr der südafrikanischen Demokratie Menschen zum Wählen zu mobilisieren.

Die verheerende Situation in Südafrika offenbart sich auch darin, daß sich die Institutionen, die für ein gewisses Korrektiv angesichts des Versagens staatlicher Strukturen sorgen sollten, selbst in einer Krise befinden. Sowohl die Kirchen und NGOs als auch die Gewerkschaften sehen sich mit großen Herausforderungen konfrontiert. Sie sind so sehr damit beschäftigt, das Feuer an allen Ecken zu löschen, daß die strategische Arbeit in Richtung langfristiger Veränderungen zu kurz kommt. Dies führt dazu, daß ihre eigentlichen Anliegen bezüglich der strukturellen Ursachen der Probleme Südafrikas in den Hintergrund geraten.

Die meisten Organisationen, die wir in Südafrika besucht haben, schaffen es gerade noch, Probleme auf der lokalen Ebene anzugehen. Zum Nachdenken über internationale Verflechtungen kommen sie oft nicht. Dafür bräuchten sie mehr Kapazität angesichts der drängenden Alltagsprobleme.

Diese Herausforderung offenbart eine Notwendigkeit für die Geberorganisationen, Kapazitäten für internationale Solidarität zu schaffen. Diese bleibt wichtig, aber sie verlangt von Organisationen aus dem Globalen Norden, verstehen zu wollen, was die Partnerorganisationen in Ländern wie Südafrika wirklich brauchen, um gegebenenfalls die Instrumente der Zusammenarbeit anzupassen. Für ei-

nige der traditionellen Partner der KASA käme dies zu spät. Denn sie existieren gar nicht mehr, etwa der *Ecumenical Service for Socio-Economic Transformation* (ESSET) oder die *Pietermaritzburg Agency for Community Social Action* (PACSA). Die Gründe für ihr Verschwinden in einer Zeit, in der sie dringend gebraucht werden, sind vielfältig und komplex. Andere Organisationen kämpfen ums Überleben, weil sie es nicht frühzeitig geschafft haben, sich neu zu erfinden, oder weil ihnen wichtige personelle Stützen abhandengekommen sind, weil diese Arbeit in der besser zahlenden Privatwirtschaft gefunden haben.

Die explosive Situation im Land bietet nichtsdestotrotz auch eine Chance für neue Bewegungen und Organisationsstrukturen. Die Herausforderung für die Solidaritätsarbeit von Seiten des Globalen Norden besteht auch darin, diese neuen Akteure und Akteurinnen zu identifizieren und zu begleiten. Dies gilt auch für alte, sich in Schwierigkeiten befindende Organisationen, die sich angesichts der neuen Herausforderungen die Mühe geben, sich neu zu erfinden.

## Schwäche der Zivilgesellschaft

Gekürzte Fassung des Beitrags von Boniface Mabanza aus dem letzten KASA-Newsletter (<https://archive.newsletter2go.com/?n2g=846x0hnn-npizkzv6-18e0>). Wir danken für die Abdruckerlaubnis. Boniface Mabanza, Koordinator der Kirchlichen Arbeitsstelle südliches Afrika in Heidelberg, war Hauptredner bei der Auftaktkonferenz des SA-DOCC-Dialogprojekts am 28. März 2022 (<https://www.sadocc.at/impressionen-von-der-auftaktkonferenz-am-28-maerz-2022/>).

# Hände weg von Afrika!

## Papst Franziskus im Kongo

*Bei einer Begegnung mit Vertreter/innen der Regierung, der Zivilgesellschaft und dem diplomatischen Corps im Garten des Palais de la Nation in Kinshasa (DR Kongo) am 31. Jänner 2023 verurteilte der Papst Kolonialismus und Neokolonialismus in Afrika, kritisierte aber auch die afrikanische Politik scharf. Wir bringen Auszüge aus seiner Rede.*

**I**ch bin glücklich, hier zu sein, in diesem schönen, weiten, üppigen Land, das im Norden den Äquatorialwald umfaßt, in der Mitte und gen Süden Hochebenen und bewaldete Savannen, im Osten Hügel, Berge, Vulkane und Seen und im Westen große Gewässer, wo der Kongofluß in den Ozean mündet. In eurem Land, das wie ein Kontinent im großen afrikanischen Kontinent ist, scheint es, als ob die ganze Erde atme. Wenn auch die Geografie dieser grünen Lunge so reichhaltig und vielfältig ist, so ist die Geschichte nicht ebenso großzügig gewesen: Die von Kriegen geplagte Demokratische Republik Kongo leidet innerhalb ihrer Grenzen weiterhin unter Konflikten und Zwangsmigration sowie unter schrecklichen Formen der Ausbeutung, die des Menschen und der Schöpfung unwürdig sind. [...]

**E**s ist tragisch, daß diese Gegenden und der afrikanische Kontinent im Allgemeinen immer noch unter verschiedenen Formen von Ausbeutung leiden. Es gibt da dieses Motto, das aus dem Unterbewußtsein vieler Kulturen und vieler Menschen entspringt: „Afrika ist zum Ausbeuten da“, das ist schrecklich! Nach dem

politischen Kolonialismus hat sich nämlich ein ebenso versklavender „wirtschaftlicher Kolonialismus“ entfesselt. So kann dieses in großem Umfang ausgeplünderte Land nicht ausreichend von seinen immensen Ressourcen profitieren: Es ist zu dem Paradoxon gekommen, daß die Früchte seines Bodens es seinen Bewohnern und Bewohnerinnen entfremdet haben. Das Gift der Habsucht hat seine Diamanten zu Blutdiamanten werden lassen. Das ist ein Drama, vor dem die wirtschaftlich weiter fortgeschrittene Welt oft Augen, Ohren und Mund verschließt. Aber dieses Land und dieser Kontinent verdienen es, respektiert und angehört zu werden, sie verdienen Raum und Aufmerksamkeit: Hände weg von der Demokratischen Republik Kongo, Hände weg von Afrika! Die Erstickung Afrikas muß aufhören: es ist kein Bergwerk, das ausgebeutet, und kein Boden, der zur Plünderung freigegeben ist. Afrika möge selbst der Protagonist seines Schicksals sein!

Es muß stärker zu einer Diplomatie von Menschen für Menschen, von Völkern für Völker kommen, bei der nicht die Kontrolle von Gebieten und Ressourcen, die Ziele der Expansion und der Gewinnsteigerung im Mittelpunkt

stehen, sondern die Wachstumschancen für die Menschen. Wenn man sich dieses Volk anschaut, hat man den Eindruck, daß sich die internationale Gemeinschaft beinahe mit der Gewalt abgefunden hat, die es verschlingt. Wir können uns nicht an das Blut gewöhnen, das seit Jahrzehnten in diesem Land fließt und Millionen von Toten fordert, ohne daß viele es wissen. Man muß wissen, was hier vor sich geht. Mögen die laufenden Friedensprozesse, zu denen ich mit aller Kraft ermutige, mit Taten unterstützt und die Verpflichtungen eingehalten werden. [...]

**D**er Diamant bricht durch seine Transparenz das Licht, das er empfängt, auf wunderbare Weise. Viele von euch glänzen durch die Rolle, die sie innehaben. Diejenigen, die zivilgesellschaftliche und Regierungsverantwortung innehaben, sind daher aufgerufen, mit kristalliner Klarheit zu handeln und den erhaltenen Auftrag als Mittel zum Dienst an der Gesellschaft zu leben. Macht ist nämlich nur dann sinnvoll, wenn sie zum Dienst wird. Wie wichtig ist es, in diesem Geist zu handeln und Autoritarismus, Suche nach billigem Gewinn und Geldgier zu meiden, die der Apostel Paulus



Papstmesse mit der Bevölkerung

„die Wurzel aller Übel“ nennt (1 Tim 6,10). Und gleichzeitig freie, transparente, glaubwürdige Wahlen zu fördern; die Beteiligung an Friedensprozessen noch mehr auf Frauen, Jugendliche und verschiedene Gruppen, auf Randgruppen auszudehnen; das Gemeinwohl und die Sicherheit der Menschen statt persönlicher oder gruppenspezifischer Interessen zu suchen; die Präsenz des Staates in allen Teilen des Territoriums zu stärken; sich der vielen vertriebenen Menschen und Flüchtlinge anzunehmen. Man darf sich nicht von denen manipulieren oder kaufen lassen, die das Land in Gewalt belassen wollen, um es auszubeuten und verwerfliche Geschäfte zu machen: Das bringt nur Mißkredit und Schande, zusammen mit Tod und Elend. Stattdessen tut es gut, sich den Menschen zu nähern, um zu erkennen, wie sie leben. Die Menschen haben Vertrauen, wenn sie spüren, daß diejenigen, die sie regieren, ihnen wirklich nahe sind, und zwar nicht aus Berechnung oder zur Schau, sondern um zu dienen.

**E**in Diamant kommt naturrein, aber roh und bearbeitungsbedürftig aus der Erde. So müssen auch die wertvollsten Diamanten der kongole-sischen Erde, die Kinder dieser Nation, gute Bildungsmöglichkeiten nutzen können, damit sie ihre brillanten

Talente voll zur Geltung bringen können. Bildung ist von grundlegender Bedeutung: Sie ist der Weg in die Zukunft, der Weg, der zur vollen Freiheit dieses Landes und des afrikanischen Kontinents einzuschlagen ist. Es besteht die dringende Notwendigkeit, in sie zu investieren, um Gesellschaften zu formen, die nur dann stabil sein werden, wenn sie gut ausgebildet sind und die nur dann autonom sind, wenn sie sich ihres Potentials voll bewußt sind und es mit Verantwortung und Ausdauer entfalten können. Aber viele Kinder gehen nicht zur Schule: Wie viele werden ausgebeutet, statt eine würdige Ausbildung zu erhalten! Zu viele sterben, weil sie in den Minen Sklavenarbeit verrichten müssen. Es dürfen keine Mühen gescheut werden, um die Geißel der Kinderarbeit anzuprangern und ihr ein Ende zu setzen. Wie viele Mädchen werden ausgegrenzt und in ihrer Würde verletzt! Die Kinder, die Mädchen, die jungen Menschen sind die Gegenwart der Hoffnung, sie sind die Hoffnung: Lassen wir nicht zu, daß sie ausgelöscht wird, sondern pflegen wir sie mit Leidenschaft! [...]

Der Text der gesamten Ansprache ist abrufbar unter [www.vatican.va/content/francesco/de/speeches/2023/january/documents/20230131-autorita-repdem-congo.html](http://www.vatican.va/content/francesco/de/speeches/2023/january/documents/20230131-autorita-repdem-congo.html)

## UNO: „Räuberische“ Zinssätze

UNO-Generalsekretär Antonio Guterres hat den reichen Ländern der Welt vorgeworfen, arme Staaten mit „räuberischen“ Zinssätzen auszubremsen. Er forderte auf einem Gipfeltreffen der am wenigsten entwickelten Länder am 3. März in Doha Hilfen in Höhe von etwa 500 Milliarden US-Dollar (rund 470 Mrd. Euro). Damit solle den ärmsten Staaten auf der Welt geholfen werden, die in „Teufelskreisen gefangen sind“.

„Die wirtschaftliche Entwicklung ist schwierig, wenn Länder an Ressourcenmangel leiden, in Schulden ertrinken und immer noch mit der historischen Ungerechtigkeit einer ungleichen Reaktion auf Covid-19 kämpfen“, sagte Guterres. Die ärmsten Länder der Welt haben wiederholt eine ungleiche Verteilung von Coronavirus-Impfstoffen kritisiert.

Eine nicht selbst verursachte Klimakatastrophe zu bekämpfen, sei eine „Herausforderung, wenn die Kapitalkosten himmelhoch sind“ und die erhaltenen finanziellen Hilfen „ein Tropfen auf den heißen Stein“, so der UNO-Generalsekretär. Die „Giganten fossiler Energien“ machten „riesige Gewinne, während Millionen Menschen in ihren Ländern kein Essen auf den Tisch bringen können“.

Das globale Finanzsystem sei von den wohlhabenden Ländern gestaltet worden – „weitgehend zu ihrem Vorteil“, sagte Guterres. Viele der ärmeren Staaten würden ohne Liquidität „durch räuberische Zinssätze von den Kapitalmärkten ausgeschlossen“. (ORF)





Regisseurin Kim Meyer mit Dirigent und Komponist Eslon Hindundu

des Kolonialismus. Aber auch Hijangua selbst, der seine Interessen über die seiner Gemeinschaft stellt. Er ist keinesfalls hilfloses Opfer, sondern aus eigenem Kalkül handelnder Akteur, der die Kolonialmacht als Verbündeten benutzt und ihr die Politik des Teilens und Herrschens erst ermöglicht.

Noch bemerkenswerter ist, wie diese Antwort im Rahmen der Kunstform Oper wirkt. Nämlich nicht als fingerzeigende Anklage. Sondern als (menschliche) Tragödie, die ihren Regeln gemäß ins Verderben führt, ohne den Handelnden eine Wahl zu lassen. Jeder und jede kann sich mit dem tragischen Held identifizieren. Auch deutsche Zuschauer/innen. Und das Schicksal Hijanguas als Warnung verstehen, sich manipulieren zu lassen. Eine Mahnung für Namibier/innen und Deutsche, auch im Hinblick auf die Verarbeitung ihrer gemeinsamen Vergangenheit.

„It is all about working together, overcoming the past and moving forward“, bringt es Komponist und Dirigent Eslon Hindundu auf den Punkt. Er meint es allgemein, bezieht sich aber auch speziell auf die Arbeit an der Oper. Diese Arbeit war in mehrfacher Weise ungewöhnlich. Sie fand über Grenzen von Volksgruppen, Staaten und Kontinenten hinweg statt. Solist/innen, Chorsänger/innen und Orchestermusiker/innen stammen aus Namibia und Südafrika, die Darstellerin von Matijua aus Deutschland.

**a**n der Entwicklung der Charaktere waren in unüblichem Ausmaß die Solisten beteiligt. Etwa bei Matijua und Maria, die sich beide im Konflikt finden zwischen den Regeln ihrer Gemeinschaft und ihren Gefühlen für Hijan-

gua. „Wir haben viel diskutiert und im Laufe der Proben geändert“, erklärt Regisseurin Kim Meyer.

Das gilt sogar für die Besetzung der beiden Sopranrollen. Natasha Ndjiharine spielte anfangs Matijua. „Ihre Stimme paßte jedoch viel besser zu Maria“, so Meyer. Die junge Regisseurin brach aus diesem Grund bewußt mit Konventionen der klassischen Oper. Matijua wurde beim erneuten Casting mit Henrike Henoch besetzt. „Wir haben nach einer deutschen Sopranistin gesucht, hätten bei besserer Eignung aber auch eine Namibierin oder Südafrikanerin gewählt.“

Gut, daß Henoch auch künstlerisch erste Wahl war. Denn sie und Ndjiharine sind die sich spiegelnden Gesichter der deutsch-namibischen Koproduktion auf der Bühne. Natürlich weder black- noch white-faced lassen sie den Zuschauer/innen über ihre Vorurteile stolpern (wie auch Yonwaba Mbo als Pastor und Rheinaldt Moagi als Major). Und die Institution der Oper über eine ihrer Konventionen, Stichwort: Othello. Die Besetzung war für beide Darstellerinnen ebenfalls ungewohnt. Wie überzeugt frau als Deutsche in der Rolle einer Herero? Wie stellt eine Herero eine deutsche Missionarstochter dar? Ganz zu schweigen von der Sprache der Texte. Denn gesungen wird auf OtjiHerero und Deutsch. So halfen sich Henoch und Ndjiharine gegenseitig, die jeweils fremde Sprache zu meistern. Im Prinzip gewohnt von der Arbeit etwa an italienischen Arien, ja, aber vor allem für Henoch eine Herausforderung.

Die Zuschauer/innen der Vorstellungen in Windhoek, egal welcher Sprachgruppe, freuten sich übrigens über die englischen „Untertitel“, die auf eine Fläche oberhalb der Bühne projiziert wurden. Ebenfalls unüblich für eine Oper. Genauso wie das Orchester (Musiker/innen des *Namibian National Symphony Orchestra*), das von seinem Graben auf die Bühne geholt wurde und im Hintergrund der Darsteller/innen saß. Bei der Hochzeits-Szene im Dorf erhoben sich einige der Musiker/innen und tanzten am Platz mit. Kameldornschoten um sie herum stellten eine weitere Verbindung zur Bühne her.

Unüblich schließlich auch die afrikanischen Melodien und Rhythmen, die Komponist Hindundu einfließen läßt. In der Eröffnungsszene zitiert er das Lied „Ndundu yo Meva“ der OvaHerero zum Waterberg, der bei ihnen Ndundu Kaondeka heißt.

**d**och warum die europäische Kunstform der Oper? „Ich habe wie viele Namibier von klein auf im Chor ge-

sungen, später Chöre dirigiert und Chorlieder komponiert“, erklärt der Gründer des Chors *Vox Vitae*, mit dem er auch an internationalen Wettbewerben erfolgreich teilnahm. „Auf einer dieser Auslandsreisen habe ich eine Oper besucht und mich auf Anhieb in diese Kunstform verliebt.“ Schön und gut, aber spricht er damit auch Namibier/innen an? „Wir lieben Musik und das Singen, warum also nicht die Oper?“, erwidert Hindundu. „Wir müssen sie nur kennenlernen. Und dazu will ich beitragen.“

Die Kommentare der afrikanischstämmigen Besucher/innen in der Pause und nach der Vorstellung gaben ihm Recht. Stellvertretend und zusammenfassend der von Parlamentspräsident Peter Katjavivi: „Amazing!“ In dem vielleicht auch ein wenig Stolz mitschwang. Denn die Installation „*They tried to bury us*“ seiner Tochter Isabel Tuumuna Katjavivi zum Genozid wurde (mit Hinweis im Programmheft) auf der Bühne zitiert – in Form der Gipsmasken, die in der Eröffnungsszene den Schlaf und im tragischen Finale den Tod der OvaHerero symbolisierten.

Und die Deutschstämmigen? Äußerten sich ebenfalls begeistert. Erstaunlich war vor allem ihr hoher Anteil am Publikum. Er entsprach zwar in etwa dem bei anderen klassischen Konzerten, war aber in diesem Fall eher nicht zu erwarten. Denn viele Deutschstämmige sind der seit Jahren geführten Diskussion um den Genozid müde ...

**W**as die Meßlatte für das Publikum in Deutschland unerwartet hoch legt. Für kommenden September

ist eine Aufführung in München ins Auge gefaßt. Und warum nicht auch Hamburg und Berlin? Doch das steht noch in den Sternen. Vor allem wegen der noch nicht gesicherten Fördergelder.

Schon die Aufführung in Namibia kam nur zustande, weil das Unternehmen Siemens dem Kulturprojekt mit einer hohen Fördersumme durch sein *Arts Program* fest zur Seite stand. Unterstützung gab es auch vom Auswärtigen Amt, der Deutschen Botschaft und dem Goethe-Institut in Namibia.

Bleibt zu hoffen, daß Deutschland es nicht bei den Worten seiner Regierung zur Verarbeitung der Vergangenheit beläßt, sondern ihnen Taten folgen läßt. Auch und vor allem durch Institutionen der Kultur, die wie im Falle der Oper „Chief Hijangua“ versöhnliche und zukunftsweisende Brücken schlagen kann.

*Diesen Beitrag entnahmen wir mit freundlicher Genehmigung dem Namibia-Magazin der Deutsch-Namibischen Gesellschaft. Herzlichen Dank an Klaus A. Hess für seine Unterstützung. Mehr zum Projekt auf [www.opera-namibia.com](http://www.opera-namibia.com).*

*Weitere Fotos aus der Oper finden Sie auf unserer vierfärbigen vorletzten Umschlagseite.*

*Die Rollen und ihre Sänger/innen: Hijangua (Sakhiwe Mkosana, Bariton); Nguti (Galilei Njembo, Tenor); Matijua (Henrike Henoch, Sopran); Maria (Natasha Ndjiharine, Sopran); Major (Rheinaldt Moagi, Tenor).*



# Othello aus Südafrika

## Shakespeare im Düsseldorfer Schauspielhaus

*Am 20. November 2022 strahlte der deutschsprachige Fernsehsender 3Sat, der in Deutschland, der Schweiz und in Österreich zu empfangen ist, diese bemerkenswerte Dokumentation aus. Josef Ehmer faßt sie zusammen.*

Shakespeares berühmtes Stück aus dem Jahr 1603, „Die Tragödie des Othello, des Mohren von Venedig“, wurde wegen seines Titels, vor allem aber wegen seiner Rezeption lange Zeit als rassistisch verschrien. Jahrhundertlang wurde Othello, der schwarze Feldherr der venezianischen Armee, als Verkörperung des „wildem, mörderischen, vergewaltigenden“ afrikanischen Mannes dargestellt. Ist es heute noch möglich und legitim, ein solches Stück aufzuführen? Und wenn ja, warum und wie sollte man es auführen?

Das *Düsseldorfer Schauspielhaus* bat die berühmte südafrikanische Regisseurin Lara Foot, Leiterin des *Baxter Theatre* in Kapstadt, über dieses Thema nachzudenken. Ja, sagte Lara Foot, man könnte und sollte das Stück auführen – aber komplett umgedreht, um es zu dekolonisieren und Othello aus dem ursprünglichen rassistischen Kontext zu befreien. Das *Düsseldorfer Schauspielhaus* lud sie ein, eine solche umgekehrte Version zu entwickeln und in Düsseldorf zu inszenieren. Lara Foots Konzept bestand darin, Othellos afrikanische Wurzeln in den Vordergrund zu stellen, sie aber nicht in einem mystischen, zeitlosen Afrika zu verankern, sondern im kolonialen Afrika um 1900, in der deutschen Kolonie Südwestafrika, dem heutigen Namibia, zur Zeit des sogenannten Herero-Krieges, in dem die deutsche Armee den ersten kolonialen Völkermord des zwanzigsten Jahrhunderts beging. Außerdem sollte Othello nicht von einem weißen deutschen Schauspieler gespielt werden, sondern von einem Afrikaner, und zwar nicht nur auf Deutsch, sondern auch in einer afrikanischen Sprache. Dieses Konzept motivierte Bongile Mantsai, einen südafrikanischen Fernseh-, Film- und Theaterstar, für ein Jahr nach Düsseldorf zu kommen und die Hauptrolle des Othello zu übernehmen. Mantsai ist fasziniert von der Idee, Shakespeares Stück zu nutzen, um über die psychologischen Folgen des Kolonialismus zu reflektieren und Parallelen



*Bongile Mantsai (Othello) und Wolfgang Michalek (Jago)*

zur Gegenwart aufzuzeigen. Er spielt seine Rolle in drei Sprachen, in isiXhosa – seiner Muttersprache – sowie in Englisch und Deutsch.

Die Dokumentation von 3Sat zeigt die Entwicklung des Stücks von den ersten Proben bis zur Premiere. Sie begleitet Bongile Mantsai auch durch Kapstadt und das Township Khayelitsha und dessen boomende Amateurtheaterszene. Darüber hinaus bringt 3Sat Interviews mit renommierten Experten für afrikanische Geschichte und Kultur, wie Professor Dr. Jeremiah O. Arowosegbe (Ibadan/Nigeria), der über die Aufteilung Afrikas unter den Westmächten, den Herero-Krieg und die psychischen Folgen der Kolonisierung für die kolonisierten Männer und Frauen spricht.

*Die Dokumentation ist bis zum 11. November 2023 in der 3Sat Kulturdoku Mediathek zugänglich: [www.3sat.de/kultur/kulturdoku/othello-suedafrika-100.html](http://www.3sat.de/kultur/kulturdoku/othello-suedafrika-100.html).*

## ... bücher ...

Ursula Trüper, **Zara oder das Streben nach Freiheit. Eine koloniale Familiengeschichte in Schwarz-Weiß** (Köln, Bastei Lübbe, 2022). 384 S.

„Hanna Kleinschmidt und Friederika Bam [zwei Töchter des Missionarsehepaars Johann Hinrich und Zara Schmelen] werden die Stammütter von zwei Familien: einer, die man als People of Colour, und einer, die man als Weiße klassifiziert.“ Mit diesen Sätzen endet das wunderbare Buch von Ursula Trüper über die Geschichte ihrer Familie. „Anderthalb Jahrhunderte lang werden sich diese Familien in völlig getrennten Lebenssphären aufhalten und sich nie kennenlernen. Erst im Jahr 2014, nach dem Ende der Apartheid in Südafrika und Namibia ... Aber das ist eine andere Geschichte.“ (S. 320)

Diese andere Geschichte erzählte Horst Kleinschmidt in einem Beitrag für INDABA (85/15) vor acht Jahren: Wie sich zahlreiche Nachkommen der Familien Schmelen, Kleinschmidt, Bam, Rautanen und Uirab aus sechs Ländern zum 200. Jahrestag der Hochzeit von Johann Hinrich und Zara Schmelen in Kommagas, einer ehemaligen Missionsstation im Northern Cape, trafen. Wie sie über ihre Vorfahren reflektierten und über die rassistischen Benachteiligungen, die diese – insbesondere die vom „schwarzen“ Zweig – erfahren hatten. „Wir haben ein Gespräch an der Basis begonnen, das ein Beispiel sein kann, wie ‚die Wunden der Vergangenheit‘ konkret geheilt werden können, wie aus einem unvollendeten Projekt ‚Vergangenheit‘ eine neue Zukunft möglich werden kann“, so Klein-

schmidt. Anschließend an ihre Zarah-Biographie von 2006 (INDABA 53/07) geht Ursula Trüper diesen „Wunden der Vergangenheit“ nun anhand ihrer eigenen Familiengeschichte nach. Eher durch Zufall („Meine Mutter hatte sich verplappert“, S. 157) hatte sie als Dreizehnjährige davon erfahren, daß ihre Familie „eine Schwarze im Stammbaum“ hatte – Hanna Kleinschmidt, geborene Schmelen, die erste Tochter des Missionars. Erst 1990 begann Trüper nachzuforschen, fand im Archiv der London Missionary Society den Namen ihrer Urururgroßmutter heraus – eben Zara – und rekonstruierte aus privaten Dokumenten das Schicksal ihrer Vorfahren, insbesondere jener, die es nach Deutschland verschlagen hatte. Daß ihre Urahnen mehrfach in die afrikanische („hottentottische“) Gesellschaft eingeheiratet hatten, wurde im „weißen“ Familienzweig schamhaft verschwiegen bzw. zog – wenn es doch irgendwie herauskam – nur Schwierigkeiten nach sich. So wurde 1933 dem in Deutschland geborenen Hans Kleinschmidt, einem Urenkel Schmelen, die Aufnahme in die NSDAP verweigert, weil Zweifel an seiner „arischen“ Abstammung bestanden; kurz darauf wurde er auf eine weniger renommierte Lehrerstelle versetzt (S. 125-129).

Im zweiten Teil steht die Geschichte Zaras im Vordergrund, ihrer Begegnung mit dem deutschen Missionar Schmelen, der Gründung der Station Bethanien im heutigen Namibia, ihrer gemeinsame Arbeit an der Übersetzung der Bibel ins Khoekhoegowab. Die wenigen überlieferten Fakten webt Ursula Trüper zu einem literarischen, teilweise hypothetischen Narrativ, das die individuellen Schicksale von Johann Hinrich und Zara in

den Kontext der einheimischen Gesellschaft und ihrer beginnenden europäischen Beeinflussung stellt. Ein nützlicher Stammbaum, eine ausführliche Zeittafel und zahlreiche Literatur- und Quellenangaben bieten Orientierung sowie Möglichkeiten zur weiteren Vertiefung in eine Familiengeschichte, in der sich die kolonialen und emanzipatorischen Tendenzen des 19. und 20. Jahrhunderts spiegeln.

Walter Sauer

Hans-Martin Milk, **God's Feet or the Mission's Pack Donkey. Evangelists of Namibia. Lives Legacies Legends Bd. 15** (Basel, Basler Afrika Bibliographien, 2022). 416 S.

Traditionell konzentriert sich die Missionsgeschichte auf die großen Missionare und ihre Tätigkeit. Die entscheidende Rolle, die lokalen Katechisten zukam, wird zumeist übersehen. Hier setzt das Buch von Hans-Martin Milk an. Afrikanische Evangelisten der Rheinischen Missionsgesellschaft (RMS) spielten eine entscheidende Rolle bei der Formierung einheimischer Gemeinden seit dem frühen neunzehnten Jahrhundert. Afrikanische Katechisten waren oft die ersten Verkünder der neuen Religion in abgelegenen Dörfern und Viehposten, bevor die europäischen Missionare auftauchten. Die Vertrautheit der namibischen Evangelisten mit traditioneller Kultur und Sprache verschaffte ihnen eine Glaubwürdigkeit, die viele der europäischen Neuankömmlinge nur schwer erlangen konnten. Hans-Martin Milk erweckt mit einem biographischen Ansatz ein verborgenes Kapitel der namibischen Geschichte zum Leben, leistet zugleich aber auch einen wichtigen Beitrag zur Missionsgeschichte insgesamt.

# Mandelas Faust in der Seestadt

## Der SADOCC-Denkmalentwurf

*Eine Litfaßsäule dient als Erinnerung an das zugesagte Denkmal auf dem Nelson Mandela-Platz. Nach Gesprächen mit der Stadt Wien reicht SADOCC im Mai einen eigenen Entwurf ein, berichtet Walter Sauer.*

**K**unst im öffentlichen Raum sollte imstande sein, auf spezifische Orte und Situationen der Stadt zu reagieren, und könne deren Bedingungen und Geschwindigkeiten reflektieren. Öffentlichkeit müsse als ein Feld erfahrbar gemacht werden, in dem Demokratie, Meinungsbildung und Sozialität wirken können – so die Prämissen der Stadt Wien bei der Förderung von einschlägigen Projekten. Damit setzte sich SADOCC auseinander, nachdem 2021 der Vorschlag zur Errichtung eines Nelson Mandela-Denkmal auf dem gleichnamigen Platz in der Seestadt (Wien 22.) gemacht und von den Verantwortlichen wohlwollend aufgenommen worden war (INDABA 111/21).

Nelson Mandela in der Seestadt? Wie kann eine Erzählung über antirassistischen Kampf, demokratische Teilhabe, soziale Gerechtigkeit und nationale Versöhnung in Südafrika die Bedingungen einer sehr speziellen, noch im Aufbau befindlichen neuen Stadtrandsiedlung reflektieren? Und wie setzen wir eine solche um – mit einem unbebauten Block südafrikanischen Granits oder doch mit einer Statue aus Bronze? Mandela als Boxer, als Gefangener, als Staatsmann?

**M**arcus Neustetter, in Wien lebender südafrikanischer Künstler (INDABA 105/20), entwickelte zusammen mit Birgit Reiter und Helena Hornung und auf Basis seiner Erfahrungen in Johannesburg (und von Workshops mit Schüler/innen der Seestadt) einen Entwurf, den wir im Mai bei „Kunst im öffentlichen Raum“ der Stadt Wien einreichen und über den letztlich ein fünfköpfiger Beirat unter



Projektskizze für das Mandela-Denkmal

Vorsitz der Zeithistorikerin Heidemarie Uhl entschieden wird. Grundidee: eine geballte Faust, aus der Nelson Mandela hervortritt und dessen freiwerdenden Platz Passantinnen und Passanten einnehmen können. Die geballte Faust – unübersehbar eine Referenz an die Tradition des Roten Wien – steht für Konfrontation und Widerstand, war aber auch eine Form des Grußes, lädt zum Sich-mit-anderen-Engagieren, zum Kampf für die eigenen und für die Rechte anderer ein. Faust und die davon abgesetzte Mandela-Figur im Vordergrund spiegeln die Dialektik zwischen Individuum und Bewegung wider, reduzieren die Gefahr der Heroisierung. Wer von der Station Aspern-Nord kommt (die ja unserer Meinung nach umbenannt werden sollte), wird angeregt, über „Demokratie, Meinungsbildung und Sozialität“ heute zu reflektieren, während Information auf der Rückseite der Faust den Bezug zu Südafrika herstellt. Last, but not least, ist unser Entwurf auch ein Angebot an die Instagram-Generation, sich als Mandela in die Faust zu stellen und ein Selfie davon zu posten.

**G**espräche über die technische Umsetzung haben begonnen, und wir hoffen, daß der „Beirat zur Errichtung von Gedenk- und Erinnerungszeichen“ unsere Überlegungen nachvollziehen kann. Natürlich ist das Denkmal primär für die Arbeitenden und Wohnenden vor Ort bestimmt. Aber wer weiß: Vielleicht locken Reisehandbücher in einigen Jahren auch Tourist/innen in die Seestadt – zu einem Denkmal für Nelson Mandela, gestaltet von Marcus Neustetter auf Initiative von SADOCC?



Impressionen von der  
**URAUFFÜHRUNG**  
**DER ERSTEN OPER NAMIBIAS**  
von Michael Panitz



Österreichische Post AG  
PZ 22Z042795 P  
SADOC, Favoritenstraße 38/18/1, 1040 Wien

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1



welt  
museum  
wien



# Science Fiction(s)

30. März 2023  
bis 9. Jänner 2024

[www.weltmuseumwien.at](http://www.weltmuseumwien.at)